

REGIO LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
171 · Ausgabe Region Bern · Sept. 2017



Visualisierung Warmbächli (Strawberry Fields)

«Die Stadt Bern soll nicht Zuschauerin, sondern eine gewichtige Akteurin auf dem Boden- und Wohnungsmarkt werden.»

SEIT ANFANG JAHR IST MICHAEL AEBERSOLD MITGLIED DES BERNER GEMEINDERATS UND STEHT DER DIREKTION FÜR FINANZEN, PERSONAL UND INFORMATIK VOR. MIT «IMMOBILIEN STADT BERN» UMFASST DIE DIREKTION AUCH DIE STÄDTISCHEN IMMOBILIEN IM FINANZVERMÖGEN UND MICHAEL AEBERSOLD PRÄSIDIERT DEN STÄDTISCHEN FONDS FÜR BODEN- UND WOHNBAUPOLITIK. REGIOLINKS HAT IHN ZU DEN ZIELEN DER STÄDTISCHEN WOHNBAUPOLITIK UND DEREN UMSETZUNG BEFRAGT.

In der Stadt Bern herrscht Wohnungsnot und die Mieten steigen stetig an. Hat die RGM-Mehrheit in der Wohnbaupolitik die falschen Prioritäten gesetzt?

Urbane Räume sind heute überall in der Schweiz mit einer Wohnungsnachfrage konfrontiert, die das vorhandene Angebot übersteigt. RGM tut viel, um mehr und vor allem günstigen Wohnraum zu schaffen. Wir sind gewissermassen auch Opfer unserer Politik der verkehrsberuhigten Stadt; es ist wieder

«Die Genossenschaften sind unsere wichtigsten Partnerinnen beim Bau und Erhalt von bezahlbaren Wohnungen.»

attraktiv, mitten in der Stadt zu wohnen und zu leben. Fakt ist, dass gerade für Familien mit Kindern günstige Stadtwohnungen fehlen. Zudem sind die Ansprüche an eine Wohnung gegenüber früher stark gestiegen, etwa bezüglich der Anzahl Nasszellen, der Lage oder bei der Belegung. Das sind Herausforderungen, die ich als SP-Finanzdirektor aber gerne annehme.

Gemäss den Legislaturrichtlinien will der Gemeinderat eine «aktive Boden- und Wohnbaupolitik» betreiben. Was ist darunter zu verstehen?

Die Stadt Bern soll nicht Zuschauerin, sondern eine gewichtige Akteurin auf dem Boden- und Wohnungsmarkt werden. Wir wollen die politischen Rahmenbedingungen setzen, selber bauen und mit unseren Projekten Vorbild – auch für Private – sein. Dabei spielt es keine Rolle, ob dies im Grossen geschieht wie bei der Reichenbachstrasse 118, dem Viererfeld/Mittelfeld und dem Gaswerkareal oder im Kleinen bei anstehenden Sanierungen von einzelnen Wohngebäuden.



Weshalb braucht es eine aktive Rolle der Stadt als Bauherrin und sogar als Investorin auf dem Immobilienmarkt?

Der Wohnungsmarkt wird heute von Privaten dominiert. Diese investieren profitorientiert und bauen vor allem Wohnungen im mittleren und oberen Preissegment. Die günstigen Wohnungen verschwinden zunehmend. Genossenschaftlicher Wohnungsbau ist eine Antwort, kann aber nicht alle Probleme lösen. Indem die Stadt selber als Investorin auftritt, kann sie günstigen Wohnraum schaffen, für eine vielfältige soziale Durchmischung sorgen und der Spekulation Grund und Boden entziehen. Diese Aufgaben hätten auch Bund und Kanton; doch diese leisten mit aktuellen Verkäufen der Spekulation Vorschub und setzen auf Gewinnmaximierung.

Welche Aufgabenteilung zwischen den Genossenschaften und der Stadt schwebt dir vor?

Die Genossenschaften sind unsere wichtigsten Partnerinnen beim Bau und Erhalt von bezahlbaren Wohnungen. Sie haben zudem grosse Erfahrung mit partizipativen Prozessen. Die Aufgabe der Stadt ist es, geeignete Liegenschaften und Grundstücke mit vergünstigten Baurechtszinsen abzugeben, während die Genossenschaften im Rahmen des Baurechts ihre Projekte umsetzen. Die Stadt wäre von den Kapazitäten her nicht in der Lage, beispielsweise auf dem Viererfeld/Mittelfeld oder dem Gaswerkareal alles selber zu realisieren.

Kann die Stadt als «kleiner Fisch» auf dem Immobilienmarkt spürbar etwas bewirken? Besteht nicht auch die Gefahr, dass die Stadt am Ende die Spekulation anheizt?

Die Stadt kann und muss etwas bewirken: Wir bestimmen die Politik und gehen mit gutem Beispiel voran. Mit Leuchtturmprojekten wie dem Stöckacker Süd beweisen wir: Ökologisch, durchmischt und günstig wohnen ist machbar. Wir können Akzente setzen und Pri-

vate, zum Beispiel die Bernburger, inspirieren. Jede zusätzliche städtische Mietwohnung zu moderaten Preisen beeinflusst den Mietmarkt positiv. Auf keinen Fall würde ich aber zu überteuerten Preisen kaufen. Ganz wichtig ist mir deshalb eine konstruktive Zusammenarbeit mit den wichtigen Akteurinnen und Akteuren, insbesondere mit Bund und Kanton. Hier besteht dringender Handlungsbedarf und ich werde das Gespräch suchen.

Von ganz linker Seite wird kritisiert, dass auch die sogenannten «preisgünstigen» Wohnungen für viele Familien mit tiefen Einkommen nicht bezahlbar sind. Wie willst du der Verdrängung von Familien in günstigere Agglomerationsgemeinden entgegenwirken?

Positiv ist, dass die Stadt für Familien wieder attraktiv ist. Familienwohnungen haben bei uns denn auch eine hohe Priorität. Neben den grossen Überbauungen versuchen wir deshalb auch bei allen Sanierungen, die Grundrisse so zu optimieren oder anzupassen, dass günstige Stadtwohnungen für Familien mit Kindern entstehen. Dies ist jedoch nicht immer möglich; Denkmalpflege, Statik und diverse zwingende Baunormen (so zum Schallschutz oder Mindestgrössen für Schlafzimmer) setzen uns Grenzen.

Bei der städtischen Infrastruktur besteht erheblicher Sanierungs- und damit Investitionsbedarf. Wie ist eigentlich der Zustand der städtischen Immobilien?

Insgesamt ist unsere Infrastruktur in einem recht guten Zustand. Die Stadt hat Immobilien im Verwaltungsvermögen (Schulen, Sportanlagen, Verwaltungsgebäude, Schwimmbäder) und Immobilien im Finanzvermögen (u.a. Wohnungen, Ladenlokale und Baurechte). Vor allem bei den Immobilien im Verwaltungsvermögen, insbesondere den Anlagen im Bereich Sport und Freizeit, besteht Nachholbedarf. Wir werden künftig pro Jahr knapp 120 Millionen Franken in

«Jede zusätzliche städtische Mietwohnung zu moderaten Preisen beeinflusst den Mietmarkt positiv.»

Immobilien investieren. Dies ist einer der Hauptgründe, warum Steuersenkungen für mich kein Thema sind.

Mit der Übernahme der Finanzdirektion hat die SP nach Jahrzehnten wieder die «Hoheit» über die städtische Wohnbaupolitik. Was heisst das und welche Ziele hast du dir gesteckt?

Neben der erwähnten proaktiven Wohnbau- und Bodenpolitik setze ich mich dafür ein, das Ziel von 1000 subventionierten städtischen Wohnungen mit Vermietungskriterien so rasch wie möglich zu erreichen. Dies ist eine wichtige Massnahme zur Schaffung von günstigem Wohnraum. Es ist ein ambitioniertes Ziel und es wird zu Konflikten kommen; vor allem wenn Leute nach einer Sanierung nicht zurück in die alte Wohnung gehen können, weil sie die Vermietungskriterien für subventionierte Wohnungen nicht erfüllen.

RGM hat im Wahlkampf einen Schwerpunkt beim Wohnen gesetzt. Der Gemeinderat hat im Legislaturziel 4 «Die Stadt Bern ermöglicht vielfältiges Wohnen für alle» diverse Massnahmen definiert (u. a. Wettbewerb und Masterplan Viererfeld/Mittelfeld, Abstimmung Gaswerkareal, 500 gemeinnützige Wohnungen im Bau etc.). Als Präsident der Betriebskommission des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik werde ich mich tatkräftig für die Umsetzung dieser sowie vieler weiterer Massnahmen und Projekte einsetzen. Bilanz ziehen können wir am Ende der Legislatur.

Interview: Michael Sutter



Stöckacker Süd



Visualplus, Peter Burri

GEMEINDEWAHLEN VOM 24. SEPTEMBER 2017

Köniz stellt die Weichen für die Zukunft

Wie sieht das Köniz der Zukunft aus? Diese Frage wird mir als Kandidatin fürs Gemeindepräsidium in diesen Tagen natürlich oft gestellt. Köniz ist in vielen Belangen eine ausgezeichnete Gemeinde – und das soll natürlich so bleiben. Hier sollen sich alle Menschen wohl fühlen. Um dies zu erreichen, gilt es, nicht nur die Starken zu fördern, sondern auch die Schwachen zu unterstützen, sei dies in der Bildung, bei der Integration von Menschen aus anderen Ländern oder indem wir uns für ein würdiges und selbstbestimmtes Altern einsetzen.

Um den hohen Standard zu halten, muss sich die Gemeinde weiterentwickeln. Sie muss sich für das Neue öffnen. Da steht auch die öffentliche Hand in der Pflicht: Welche Betreuungsmöglichkeiten für Kinder entsprechen den neuen Formen des Zusammenlebens wie Einelternfamilien oder alternierender Obhut? Wie verhindern wir, dass die Digitalisierung einzelne Bevölkerungsschichten von gewissen alltäglichen Dienstleistungen ausschliesst? Wie wird für diejenigen gesorgt, die nicht mehr selbst für sich sorgen können?

Köniz hat in der Vergangenheit gezeigt, dass wir mit innovativen Plänen gut fahren. Als damals die ersten Vorstellungen für den Liebefeld Park kommuniziert wurden, war vielen nicht klar, warum an dieser Stelle ein Park entstehen soll. Und als dieser «fertig» war, das Gras erst dürrftig spross und die Bäume noch eher mickrige Stämmchen hatten, verstummte die Kritik nicht. Heute ist der Park ein zentraler Treffpunkt und beliebter

Aufenthaltort für Jung und Alt und wir sind stolz auf «unseren» Park.

Wenn nun Stimmen laut werden, die den Entwicklungsprozess aufhalten wollen, wie wir dies bei der Abstimmung zur Überbauung Rappentöri im Könizer Zentrum erleben, müssen wir diese ernst nehmen. Während der Abstimmungskampagne hörte ich öfter den Einwand: «Eigentlich habe ich nichts gegen die innere Verdichtung, aber überall wird gebaut, wie stark soll Köniz noch wachsen?» Es geht hier also nicht um die Angst vor Neuem, sondern um die Angst vor dem Zuviel. Wir müssen uns in Zukunft die Frage stellen: Braucht es Wachstum um jeden Preis?

Ich verfüge über keine fixfertigen Rezepte dafür, wie sich Köniz weiterentwickeln soll.

ANNEMARIE BERLINGER-STAUB

kandidiert am 24. September für das Amt der Könizer Gemeindepräsidentin. Sie ist seit 2005 Mitglied des Könizer Parlaments. 2012 war sie Parlamentspräsidentin und seit 2014 amtiert sie als Fraktionspräsidentin der SP. Sie wurde 1972 in Bern geboren und ist in Schlieren aufgewachsen. Nach einer Ausbildung als medizinische Praxisassistentin studierte sie Rechtswissenschaft an der Universität Bern. Heute arbeitet sie als Juristin. Annemarie Berlinger-Staub lebt mit ihrem Mann und ihren drei Töchtern in Schlieren (Gemeinde Köniz).

Ich will gar nicht über solche verfügen, denn sie sind Scheuklappen, sie hemmen das Neue, Unvorhergesehene, die Flexibilität. Unbestritten ist jedoch, dass wir nur vorwärtskommen, wenn wir uns auf neues Terrain wagen. Als Gemeindepräsidentin will ich die Gemeinde weiter öffnen für den Austausch mit den Nachbargemeinden. Ich will dort die Zusammenarbeit fördern, wo sie sinnvoll und praktikabel erscheint. «Selbstgemacht» ist in der Gemeindepolitik nicht unbedingt ein Qualitätsmerkmal, vielmehr soll sie sich danach richten, dass sie «für alle gemacht» ist.

Meine Politik richtet sich nach den Grundwerten der Sozialdemokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Denn Köniz geht es nur dann gut, wenn es allen Könizerinnen und Könizern gut geht und wenn das Zusammenleben in der Gemeinde von einem Miteinander geprägt ist – und nicht von einem Neben- oder gar Gegeneinander. Kurz: wenn sich in Köniz alle wohl fühlen. Auch ich lebe gerne in Köniz. Ich schätze den Mix aus städtischen und ländlichen Ortsteilen, die Köniz seinen einzigartigen Charakter verleihen. Nun gilt es, Köniz in den nächsten vier Jahren – und darüber hinaus – weiterzuentwickeln. Diese Herausforderung nehme ich an, ich will den eingeschlagenen, erfolgreichen Weg weitergehen und konstruktiv an Lösungen arbeiten, um allen Könizerinnen und Könizern ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Denn ich bin überzeugt: Köniz kann mehr!

Annemarie Berlinger-Staub



Der SeniorInnenrat als Schnittstelle für Alterspolitik

Der Seniorinnen- und Seniorenrat (SeRa) der Stadt Bern ist eine ständige Kommission des Gemeinderates und dient als dessen Beratungsorgan für alterspolitische Fragen. Er vertritt die Anliegen der älteren Bevölkerung, indem er zu entsprechenden Projekten Stellung nimmt und Strategien und Vorschläge zuhanden des Gemeinderats erarbeitet. Der SeRa ist zusammengesetzt aus VertreterInnen der Fraktionen im Stadtrat und verschiedener Altersorganisationen sowie aus sogenannten freien SeniorInnen, welche einzelne Quartiere und die Migrationsbevölkerung vertreten. Er wird jeweils vom Gemeinderat für eine Legislatur gewählt und konstituiert sich selbst, indem er ein Büro und einige Arbeitsgruppen wählt und ca. 6 Mal jährlich im Plenum tagt. Als wertvolle Kontaktstelle zu Gemeinderat und Stadtverwaltung dient dem SeRa das Alters- und Versicherungsamt.

Themenschwerpunkte der letzten Jahre bildeten etwa die Wohnsituation der älteren Menschen, Fragen und Projekte der Nachbarschaft sowie Probleme und Anliegen der SeniorInnen im öffentlichen Raum.

Als ersten Schwerpunkt hat der SeRa in den letzten beiden Jahren zwei wichtige Anliegen der älteren Bevölkerung aufgegriffen und dazu eine Eingabe an den Gemeinderat

gerichtet: Im Jahr 2015 handelte es sich um das Generationenwohnen, d. h. um das Modell, nach dem v. a. in Neubausiedlungen das Zusammenleben aller Generationen durch vielfältige Wohnungstypen, geeignete betriebliche Einrichtungen und soziokulturelle Animation gezielt gefördert werden soll. Der Gemeinderat hat positiv auf diese Eingabe sowie auf eine ähnliche SP-Motion im Stadtrat reagiert und in der Zwischenzeit wurde ein Förderverein Generationenwohnen Bern gegründet, der das Anliegen selbständig weiterverfolgt und das Modell weiterentwickelt. 2016 hat der SeRa die unhaltbare Tatsache thematisiert, dass SeniorInnen, welche in bescheidenen Verhältnissen leben und Ergänzungsleistungen beziehen, in der Stadt Bern keine Gelegenheit mehr haben, vom Angebot «Wohnen mit Dienstleistungen» Gebrauch zu machen. Nach umfangreichen Abklärungen und Verhandlungen hat der SeRa den Gemeinderat in einer Eingabe gebeten, in einem Pilotprojekt zusammen mit dem grössten Anbieter «Domicil» durch eine geteilte Defizitdeckung eine Problemlösung zu erarbeiten. Auch dazu gibt es einen ähnlichen Vorstoss der SP-Fraktion im Stadtrat, und auch auf dieses Anliegen hat der Gemeinderat grundsätzlich positiv reagiert.

Christoph Graf, Vertreter der SP im Seniorinnen- und Seniorenrat

«Themenschwerpunkte bildeten etwa die Wohnsituation der älteren Menschen sowie Anliegen der SeniorInnen im öffentlichen Raum.»

Zum Themenschwerpunkt Nachbarschaft hat der SeRa insbesondere das städtische Pilotprojekt «Socius – zu Hause in der Nachbarschaft» im Stadtteil III unterstützt und begleitet. Es geht in diesem interessanten und wichtigen Projekt darum, durch eine Vermittlungsstelle die gegenseitige Nachbarschaftshilfe in Alltagsfragen und -problemen und damit die Lebensqualität insbesondere auch der älteren Bevölkerung zu fördern.

Was den dritten Themenschwerpunkt, die Anliegen der SeniorInnen im öffentlichen Raum, betrifft, hat der SeRa v. a. zu den entsprechenden allgemeinen Planungen und konkreten Einzelprojekten Stellung genommen, so z. B. zum Richtplan Fussverkehr und zur Velooffensive sowie zur Neugestaltung von Bären-/Waisenhausplatz und Schützenmatte. In allen diesen Planungen geht es darum, die Sicherheit der älteren Menschen im öffentlichen Raum zu gewährleisten.

Insgesamt funktioniert der SeRa, in dem die SP gut vertreten ist, als wichtiges und erfolgreiches Kontaktorgan zwischen der älteren Bevölkerung einerseits und Regierung und Verwaltung der Stadt Bern andererseits, d. h. als Schnittstelle für Alterspolitik.